



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/67 - 20.3.53

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039690

Anschlag auf Meinungsfreiheit abgewehrt	S. 1
Stettin - sowjetrussischer Ostseestützpunkt	S. 3
Zur dritten Lesung der Westverträge	S. 5
Der Skandal von Osthofen	S. 7

## Schmutz- und Schundgesetz gefallen

O.G. Der Bundesrat hat den Vorschlag des Vermittlungsausschusses über den Beschwerdeweg innerhalb des "Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften" abgelehnt. Damit ist das Gesetz in der vorliegenden Form nicht zustande gekommen. Daß die Ursache hierfür in einer mehr formalen Meinungsverschiedenheit zwischen Bund und Ländern über die Organisation der aufgrund des Gesetzes zu bildenden Prüfstellen liegt, nicht aber in einer zustimmenden oder ablehnenden Entscheidung über den eigentlichen Inhalt bzw. über die Notwendigkeit des Gesetzes überhaupt, ist ein Beispiel für die im Nachkriegsdeutschland herrschende Unsicherheit in Fragen des geistigen und kulturellen Lebens.

Die Tatsache des Scheiterns dieses Gesetzentwurfes jedoch bleibt bestehen. Seine Befürworter sollten an diesem Punkt der Entwicklung ernsthaft mit sich selbst zu Rate gehen, ob sich der große Aufwand für eine erneute parlamentarische Initiative, die nunmehr erforderlich wäre, wirklich lohnt. Denn die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik ist sich in ihrem überwiegenden Teil mit den maßgebenden Repräsentanten des deutschen Geisteslebens nach wie vor in der kompromißlosen Ablehnung eines Sondergesetzes gegen sogenannten "Schmutz und Schund" einig. Jedes Sondergesetz auf diesem Gebiet würde das Grundrecht der Meinungsfreiheit in entscheidenden Punkten durchbrechen. Diese Front der

Ablehnung geht quer durch alle politischen und weltanschaulichen Richtungen, hat sich doch der katholische Vorsitzende des Börsenvereins der Buchhändler, Dr. Knecht, nicht weniger entschieden gegen das Gesetz ausgesprochen.

Über die Flut minderwertiger Literatur, die heute vor allem an die Jugend herandrängt, gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Sie muß eingedämmt werden. Aber die positiven Maßnahmen, die weit stärkere Förderung des guten Jugendschrifttums, der Ausbau der Jugendbibliotheken, müssen an erster Stelle stehen. Hier ist bisher vieles versäumt worden - auch innerhalb des Bundesjugendplanes sind für diese Aufgaben viel zu wenig Mittel bereitgestellt worden. Wer dennoch der Meinung ist, daß trotz aller finanziellen Unterstützung und idealen Werbung seitens der öffentlichen Hand und der freien Kräfte das gute Jugendbuch allein den Kampf gegen die Schundliteratur nicht besteht, der sei darauf hingewiesen, daß das Strafgesetzbuch Paragraphen enthält, die bei richtiger Handhabung durchaus die Möglichkeit zum Einschreiten gegen die übelsten Auswüchse bieten. Ein Sondergesetz aber, wie es der vorliegende Entwurf mit seiner verschwommenen Definition des Begriffes "jugendgefährdende Schriften" darstellte, wird immer der Willkür und dem Muckertum des Zensors Tür und Tor öffnen, auch wenn sich dieser Zensor hinter der neutraleren Bezeichnung "Prüfstelle" versteckt.

Diese grundsätzlichen Bedenken kann auch keine verbesserte Auflage des nicht zustande gekommenen Gesetzes aus der Welt schaffen. Vorschläge dieser Art sollten deshalb nunmehr endgültig zu den Akten gelegt werden. Die Jugend bedarf nicht der Zensur und des Gängelbandes, sondern sie braucht Vertrauen und positive Hilfe. Die gesamte Jugendgesetzgebung des Bundes sollte sich endlich darauf besinnen.

+ + +

Stettin - und sein nordischer Hintergrund

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Ist Stettin wieder deutsch geworden? Wer die schwedischen Zeitungsberichte gelesen hat, wonach es zum Flottenstützpunkt der Sowjetunion ausgebaut wird, aber als "Freistaat" mit überwiegend deutscher Zivilbevölkerung, der könnte es fast glauben. In Wirklichkeit spielt die Strategie des Ostseeraums und Skandinaviens die entscheidende Rolle. Stettin wurde Sperrgebiet mit deutschen Arbeitskommandos, die vermutlich ihre Familienangehörigen mitnehmen dürfen, damit nicht ständig ein Urlauberverkehr nach der sowjetischen Zone stattfindet. Vom Freistaat ist man weit entfernt.

Ostsee - umstrittenes Gebiet

Mit dem Eintritt Dänemarks in den NATO-Pakt ist die südliche Ostsee seestrategisch umstrittenes Gebiet geworden. Das wirkt sich seit Mitte 1952 deutlich aus. Die dänische Regierung hat nämlich eingewilligt, die neu in ihrem Lande angelegten Flugplätze als Stützpunkte der amerikanischen Luftwaffe teilweise zur Verfügung zu stellen. Parallel damit geht natürlich eine Aufrüstung der Seestreitkräfte bis zum Raum um die dänische Insel Bornholm. Bezeichnenderweise wurde gleichzeitig mit der sensationellen Meldung über Stettin bekannt, daß zwei kleinere dänische Häfen: Korsör und Frederikshavn, beschleunigt zu Flottenstützpunkten umgebaut werden. Angeblich wird sogar der Bau zweier Luftstützpunkte zurückgestellt, um zunächst einmal das deutsche Ostsee-Seglern gut bekannte Korsör für die dänische Kriegsmarine herzurichten. Wenn die Befestigungsarbeiten bei Stettin und auf Usedom und Wollin abgeschlossen sind, Mitte 1955, wird wohl auch die dänische Inselküste einen bisher ungewohnten militärischen Einschlag erhalten haben.

Sowjetrussischer Argwohn

Es stellt sich nämlich immer deutlicher heraus, daß im "großen Ernstfall" die Russen so rasch wie möglich bestrebt sein werden, die Eingänge zur Ostsee in die Hand zu bekommen und sie nach Besetzung Dänemarks und Südnorwegens hermetisch abzusperren. Das ist nicht nur um der Verteidigung Leningrads und der sowjetrussischen Ostseeküste notwendig, sondern auch ein Erfordernis der globalen Seestrategie der

roten Flotte.

Zwölf große Frachter langten im Januar 1953 aus Amerika in norwegischen Häfen an. Sie enthielten - eine Rekordziffer für die norwegische Rüstungseinfuhr - für 100 Millionen: Munition, Lastwagen und Radargeräte. Das muß man wissen, wenn man die neue Entwicklung in Stettin und an der Odermündung richtig beurteilen will. Die Luftstützpunkte, die die NATO in Norwegen anlegt, Sola und Lista, Bodø und Bardufoss nahen sich ihrer Vollendung. Moskau hegt den Argwohn, daß eine Reise, die der norwegische Außenminister Halvard Lange um die Monatswende Februar-März nach Washington unternahm, Besprechungen über die wichtige Frage galt, ob Norwegen künftig, wie Dänemark, den NATO-Mitgliedern die Benutzung dieser Flugplätze im Frieden freistellen soll.

#### Kein Vertrauen zu den Polen

Dennoch: Warum konnten nicht die nach Stettin mit viel Mühe verpflanzten Polen die "Zivilbevölkerung" für den neuen sowjetischen Flottenstützpunkt stellen? Vermutlich, weil sie ein gar zu bunt zusammengewürfelter Haufen waren. Außerdem aber muß bedacht werden, daß der sowjetische Kriegshafen Stettin nach Westen schaut und nicht nach Osten. Seine Streitkräfte sollen mit der sowjetdeutschen Marine zusammenarbeiten und in gewissem Maße auch mit der zivilen Schifffahrt. Nachrichtenmäßig wird selbst heute noch zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Dänemark-Südschweden viel hin und her gebracht. Zwischen Häfen gibt es keinen Eisernen Vorhang und auf dem Meer läßt sich kein "wüster Gürtel" einrichten. Der größte Spezialist norddeutsch-skandinavischer Hafensplionage aber, den Moskau seit über zwanzig Jahren beschäftigt, Ernst Wollweber (SED), sitzt gegenwärtig als Staatssekretär für die Schifffahrt im ostberliner Verkehrsministerium. Die Polen dagegen sind Neulinge im südlichen Ostseeraum und Fremdlinge in den skandinavischen Häfen. Daher ist Stettin Niemandsland geworden für die Vorbereitung des dritten Weltkrieges, besetzt mit deutschen Funktionären unter russischem Kommando.

+ + +

Vertragszustimmung im luftleeren Raum

(sp) Der 19. März 1953 mit der Annahme von Generalvertrag und dem Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durch den Bundestag war eigentlich nur im äußeren Bilde, von den leicht kriegerischen Absperrmaßnahmen der Polizei bis zum Nahkampf um Tribünenkarten das, was man einen großen Tag nennt. Politisch war die Spannung dafür zu gering, die Fronten standen seit langem fest und man wußte, daß auch der Kanzler und sein politisches Gefolge die vielen Lehren aus den letzten Monaten nicht akzeptieren würden. Die ganze Debatte trug auch in großen Teilen unwirkliche Züge, sie bewegte sich sozusagen im luftleeren Raum überall dort, wo man so tat, als entscheide diese Abstimmung über das deutsche und womöglich das europäische Schicksal, während doch jedermann im Saale wußte, wie gering inzwischen die Chancen dafür geworden sind, daß die Verträge noch Wirklichkeit werden. Interesse fand die Diskussion erst durch das Fünf-Punkte-Programm, das der Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, zum Schluß seiner Rede vortrug, und das im Grunde heute schon trotz der nun erfolgten Annahme der Verträge im Deutschen Bundestag das aktuellere Thema ist. Der Herr Bundeskanzler, meinte Ollenhauer, rechne wohl selbst damit, daß er sich während seines Aufenthaltes in Washington mehr über diese Frage (nämlich die nach einer Alternative zum Integrationsystem) als über das Schicksal des EVG-Vertrages werde unterhalten müssen.

Unter diesen Umständen mußte Adenauers Rede von vornherein unter einem handicap leiden und schwach wirken. Zwar suchte der Kanzler den Eindruck zu erwecken, als stünde die Regierung unmittelbar vor dem Siege in einer großen politischen Schlacht, in Wirklichkeit aber handelte es sich um ein wenig imponierendes Rückzugsgefecht auf dem Felde der Integration eines Teiles von Europa die zerfällt, ehe sie richtig begonnen hat. Was brachte der Kanzler? Eine Aufzählung der Ereignisse in der internationalen Politik seit der zweiten Lesung und einige Schlußfolgerungen daraus, eine Wiedergabe der wichtigsten, aber seit langem bekannten Bestimmungen der Verträge selbst, ausgewählt nach dem Wunsch, ihren Nutzen für Deutschland sichtbar zu machen, viele und zum Teil sehr lange Zitate (wobei er es für schmackvoll hielt, Schumacher, der sich nicht mehr wehren kann, mit unvollständig zitierten Stellen aus Jahre zurückliegenden Reden anzuführen), schließlich europäische Beschwörungsformeln nach dem Prinzip: Der Geist ist wichtig, die vertragliche Einzelheit Nebensache.

Besonders unglücklich operierte er in der Frage der deutschen Einheit. Kingsbury Smith' Mitteilungen über französisch-britisch-russische Geheimabreden zur Verewigung der deutschen Spaltung hätten das Foreign Office und der Quai d'Orsay inzwischen demantiert. Damit war der Vorfall für ihn erledigt. Aber abgesehen davon, ob es zutrifft, daß der sehr angesehene amerikanische Journalist sich das alles aus den Fingern gezogen hat oder nicht, mußte der Kanzler sich von Ollenhauer daran erinnern lassen, daß das grundsätzliche Bekenntnis der Alliierten zur deutschen Wiedervereinigung in der Präambel zum Generalvertrag nichts über die Intensität einer solchen Politik und über ihre Methoden und Mittel aussage. Dafür ist aber sehr aufschlußreich, was nach Ollenhauer in der französischen Regierungsbegründung des Vertrages gegenüber dem Parlament in Paris zu diesem Punkt zu lesen ist: "Gemäß dem Abkommen über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Alliierten bleibt die Zuständigkeit für alle Fragen, die Gesamtdeutschland betreffen, vor allem die Wiedervereinigung Deutschlands und die Friedensregelung betreffend, Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten überlassen". Kein Wort von der Bundesrepublik. ?

Ollenhauer faßte in seiner Rede noch einmal wirksam und übersichtlich die wichtigsten sozialdemokratischen Argumente gegen die Verträge zusammen und entwarf dann jenes Fünf-Punkte-Programm, dessen Kernstück zweifellos in dem Satz zu sehen ist: Die SPD ziehe die Zusammenarbeit der europäischen Regierungen dem supranationalen Prinzip der EVG vor, "weil sie real ist". Er ergänzte die Feststellungen mit Einzelangaben über ein nach solchen Grundsätzen aufgebautes Sicherheitssystem, das Großbritannien, Dänemark und Norwegen einschließt (und, ohne daß das bei dieser Gelegenheit ausdrücklich gesagt wurde, auch etwa durch die Teilnehmer des neuen Balkan-Paktes ergänzt werden könnte), das uns das Recht beläßt, in Fragen der Wiedervereinigung aus eigenem aktiv zu werden, das Gleichberechtigung und damit auch gleiche Sicherheit für die Bundesrepublik schafft (was heute vor allem durch die Unterstellung der EVG unter der NATO, der Deutschland nicht angehört, nicht der Fall ist) und daß schließlich auch dem in Deutschland besonders gelagerten Problem der sozialen Sicherheit (Vertriebenensituation) Rechnung trägt. Zu diesen Vorschlägen wagte der immer vorsichtige, nüchterne Ollenhauer sogar die Voraussage: "Sie können diese sozialdemokratischen Vorschläge sogar ablehnen oder als utopisch beiseite schieben. Sie werden in Wochen oder Monaten vor der Situation stehen, sich ernstlich mit ihnen zu beschäftigen".

Sprachirrtümer

R.G. Man kann eine demokratische Haltung auf verschiedene Art bekunden. In Zeiten, da es opportun erscheint, sich demokratisch zu gebärden, zum Beispiel durch Umbenennung von Straßennamen, wie das 1945 vielerorts geschah. Man kann andererseits die Abkehr von einer auf solche Weise bekundeten demokratischen Haltung auf verschiedene Art bemängeln, z.B. dadurch, daß man sich bei der Wiederumtaufe dieser Straßen auf die Tradition beruft, wie das jüngst in Peine geschah, als man die Carl-von-Ossietski-Straße wieder in die alte Sedanstraße zurückverwandelte.

In Osthofen in Rheinhessen - in jener Stadt, die in der Hitlerzeit durch ihr Konzentrationslager einen "gewissen" Ruf hatte und die auch, unter der Bezeichnung Westhofen, in Anna Seghers Roman "Das siebte Kreuz" erwähnt ist - hat man eine recht originelle Begründung für die Entdemokratisierung der Straßennamen gefunden: Die neuen Straßennamen seien, so sagte der Stadtrat bei seinem Umbenennungsbeschuß, nicht in das Sprachgut der Bevölkerung eingegangen. Der Beschuß erfolgte nach einem Antrag der Fraktion der "Freien Liste May", die die Namensänderung aller "nach sozialistischen Persönlichkeiten" benannten Straßen verlangte.

Die "sozialistischen" Persönlichkeiten, deren Namen nicht zum Sprachgut der Bevölkerung geworden sind, waren: Friedrich Ebert, Carl Mierendorff, Thälmann, Erzberger, Rathenau und Thomas Mann. Die sozialdemokratische Fraktion des Osthofener Stadtrats verließ bei der Verhandlung des Antrages unter Protest den Sitzungssaal.

Vielleicht wäre es nötig, auf den Sprachirrtum hinzuweisen, der Persönlichkeiten wie Erzberger, Rathenau und Thomas Mann in einen Topf mit Thälmann wirft und sie sozialistisch nennt, vielleicht auch sollte man anmerken, daß der Sozialdemokrat Friedrich Ebert als der erste Reichspräsident der Weimarer Republik über seine Partei hinausgewachsen und erst einmal der Repräsentant der aus dem Zusammenbruch des Kaiserreichs geretteten Ordnung und dann erst die parteipolitische Persönlichkeit ist. Aber das wirft den Beschuß des Stadtrates von Osthofen nicht um und ändert nichts an der Tatsache, daß der Sprachirrtum viel tiefer geht, nämlich in den Begriff der Demokratie. Das ist es, was nicht die Bevölkerung vielleicht, aber die Stadtväter gewiß - kennzeichnet: Daß der Begriff Demokratie nicht zu ihrem Sprachgut gehört.

---

Verantwortlich: Peter Raunau